Im Einsatz für Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation

Tätigkeitsbericht 2024 des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen SIF

Bernerhof, Sitz des SIF

Im Jahr 2024 hat das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF im Bereich der Integrität, Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität des Finanzplatzes wesentliche Gesetzgebungsprojekte vorangetrieben, unter anderem zur Bankenstabilität, Geldwäschereibekämpfung und für erweiterten Marktzugang.

Im Nachgang zur Übernahme der Credit Suisse durch die UBS im März 2023 hat der Bundesrat im April 2024 einen Bericht zur Bankenstabilität mit einem Massnahmenpaket präsentiert, das vom SIF federführend erarbeitet wurde. Oberstes Ziel ist es, die Steuerzahlenden und die Wirtschaft zu schützen. Der Bundesrat schlägt unter anderem für systemrelevante Banken gezielt eine höhere Eigenkapitalunterlegung von ausländischen Tochterfirmen vor. Zudem soll die Liquiditätsversorgung in der Krise verbessert werden und es sind Massnahmen gegen Management-Versagen, für eine sinnvolle Vergütungspolitik und zur Stärkung der Aufsicht vorgesehen.

Im Bereich Innovation und Digitalisierung in den Finanzmärkten setzte sich das SIF weiterhin dafür ein, die Schweiz als globalen Hub zu positionieren. Bei der Umsetzung der Massnahmen des Digital Finance Report 2022 wurden Fortschritte erzielt, unter anderem im Bereich von Open Finance. Darüber hinaus setzte der Bundesrat die Rechtsgrundlagen für eine neue Fondskategorie, den L-QIF, in Kraft.

Der Bundesrat hat dem Parlament ferner eine Verstärkung des aktuellen Dispositivs zur Bekämpfung der Geldwäscherei vorgeschlagen, das u.a. die Einführung eines Eidgenössisches Registers (Transparenzregister) umfasst. In diesem Register müssen Gesellschaften und andere juristische Personen ihre wirtschaftlich Berechtigten eintragen. Zudem sollen bei der Ausübung von bestimmten Beratungstätigkeiten, die ein erhöhtes Risiko von Geldwäscherei bergen, spezifische Sorgfaltspflichten gelten.

Im Steuerbereich gingen namentlich die internationalen Verhandlungen im Zwei-Säulen-Projekt der OECD – Mindestbesteuerung und Marktstaatbesteuerung – weiter. Bei der Steuertransparenz hat die Schweiz die Übernahme des erweiterten Standards für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten, der insbesondere Kryptowerte betrifft, in die Wege geleitet. Zudem haben die Schweiz und die USA ein neues FATCA-Abkommen unterzeichnet, das den gegenseitigen steuerlichen Informationsaustausch ermöglicht. Letztlich wurden 2024 auch zahlreiche Verhandlungen auf bilateraler Ebene geführt. So wurde mit 8 Staaten Verhandlungen zum Neuabschluss oder zur Revision von Doppelbesteuerungsabkommen geführt. Im Bereich der Verständigungsverfahren konnten über 200 Verfahren abgeschlossen werden.

Informationen zu diesen und weiteren Geschäften des SIF finden Sie auf der folgenden Doppelseite sowie eine Übersicht über alle Gesetzgebungsprojekte und Abkommen auf Seite 4.

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF)

Das SIF vertritt die Interessen der Schweiz in internationalen Finanz-, Währungs- und Steuerfragen. Es engagiert sich für gute Rahmenbedingungen für einen sicheren, wettbewerbsfähigen und weltweit anerkannten Finanz- und Unternehmensstandort.

Das Jahr 2024 im Überblick

Systemrelevante Banken

Am 10. April verabschiedete der Bundesrat seinen **Bericht zur Bankenstabilität**. Die umfassende Analyse der Krise der Credit Suisse zeigt, dass das bestehende Too-Big-To-Fail-Dispositiv weiterentwickelt und gestärkt werden muss, um die Risiken für die Volkswirtschaft, den Staat und die Steuerzahlenden zu reduzieren. Der Bundesrat schlägt hierzu ein breites Massnahmenpaket vor. Bei dessen Umsetzung sollen auch die Ergebnisse der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) berücksichtigt werden.

Geldwäschereibekämpfung

Der Bundesrat hat am 22. Mai die **Botschaft zum Bundesgesetz über die Transparenz juristischer Personen und die Identifikation der wirtschaftlich berechtigten Personen** an das Parlament übermittelt. Mit einem eidgenössischen Register der wirtschaftlich berechtigten Personen und Sorgfaltspflichten für besonders risikobehaftete Beratungstätigkeiten sowie weiteren Bestimmungen sollen die Integrität und die Wettbewerbsfähigkeit des Finanz- und Wirtschaftsstandortes Schweiz gestärkt werden. Die Massnahmen entsprechen den internationalen Standards.

Basel III final

Im Juni hat der Bundesrat Kenntnis genommen vom Stand der internationalen Umsetzung des finalen Basel III Standards für Banken. Die Änderung der **Eigenmittelverordnung**, mit welcher der Standard in Schweizer Recht überführt wird, tritt wie vorgesehen per 1. Januar 2025 in Kraft. Basel III ist ein umfassendes Reformpaket, mit dem besonders die Solvenz und Liquidität im Bankensektor gestärkt werden sollen. Im Durchschnitt werden sich die Eigenmittelanforderungen für den Bankensektor nicht wesentlich ändern. Für die verbleibende Grossbank UBS steigen sie jedoch.

Financial Stability Board (FSB)

Im Februar hat das FSB den Schweizer Länderbericht zur Umsetzung der **Too-big-to-fail-Reformen** für systemrelevante Banken veröffentlicht. Es setzte zudem seine Arbeiten zur Bankenkrise vom März 2023 fort. Auf Wunsch der G20 führte das FSB eine Umfrage zu Aufsichts- und Regulierungsinitiativen bei naturbasierten Risiken durch. Auch Cyberbedrohungen und die Integration von künstlicher Intelligenz rückten in den Fokus des FSB. Das FSB ist bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) angesiedelt, die Schweiz ist Gründungsmitglied.

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Hauptaufgabe des IWF ist die Gewährleistung der Stabilität des globalen Finanz- und Währungssystems. Am 31. Mai hat der Bundesrat die Botschaft zur Genehmigung der **Anpassung der Ressourcen des IWF** im Rahmen der 16. Allgemeinen Quotenüberprüfung verabschiedet. Im Dezember hat das Parlament der entsprechenden Anpassung der Beiträge der Schweiz an die IWF-Mittel zugestimmt.

G20

Die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer ist das massgebliche informelle internationale Forum für die Koordination von Wirtschaftspolitik und Regulierung. Die Schweiz wird seit mehreren Jahren regelmässig zum Finanzsegment (Finance Track) eingeladen, an dem sie sich aktiv zu **Kernfragen des globalen Finanzsystems** einbringen kann. Die G20-Präsidentschaft Brasiliens stand im Zeichen des Ukraine-Konfliktes und der Bewältigung globaler Herausforderungen (Wirtschaftslage, Schuldensituation, Stabilität der internationalen Finanzarchitektur). 2025 wird Südafrika die G20 präsidieren, die Schweiz ist wiederum zur Teilnahme an den Arbeiten des G20 Finance Track eingeladen.

Vertiefung der Beziehungen im Ausland

2024 fanden mit den folgenden Partnerstaaten bilaterale Austausche statt: **China**, **Deutschland, Europäische Union**, **Frankreich, Hong Kong**, **Indien**, **Italien, Katar**, **Liechtenstein**, **Luxemburg, Österreich**, **Polen**, **Saudi-Arabien**, **Singapur**, **Ungarn, USA, Vereinigte Arabischen Emirate** und **Vereinigtes Königreich**.

Finanzabkommen Schweiz-UK

Am 4. September hat der Bundesrat die Botschaft zur Genehmigung eines Abkommens zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich (UK) über die **gegenseitige Anerkennung im Bereich der Finanzdienstleistungen** verabschiedet (Berne Financial Services Agreement). Das Abkommen stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und fördert die enge Zusammenarbeit zwischen den beiden bedeutenden internationalen Finanzplätzen.

Finanzierung von Gebäudeschäden bei Erdbeben

Der Bundesrat hat am 13. Dezember die Botschaft zur Finanzierung von Gebäudeschäden bei Erdbeben verabschiedet. Die Vorlage sieht vor, dass sich **Grundeigentümerinnen und -eigentümer** bei einem Erdbeben an den Kosten zur Deckung von Gebäudeschäden beteiligen sollen. Der Bundesrat ist dabei auf die in der Vernehmlas-

sung geäusserten Anliegen der Kantone eingegangen und hat darauf verzichtet, eine Bundeskompetenz zum Schutz von Personen und Sachwerten im Fall eines Erdbebens in der Verfassung zu verankern.

Sustainable Finance

Greenwashing bezeichnet die Täuschung der Kundschaft bezüglich nachhaltiger Eigenschaften von Finanzprodukten und -dienstleistungen. Am 19. Juni hat der Bundesrat die neuen Selbstregulierungen der Finanzbranche gegen Greenwashing zur Kenntnis genommen. Diese stellen einen Fortschritt in der Umsetzung der Position des Bundesrates zur Verhinderung von Greenwashing im Finanzbereich dar. Am 6. Dezember hat der Bundesrat beschlossen, eine Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die **Berichterstattung über Klimabelange** zu eröffnen. Das Ziel der Vorlage besteht darin, die Verordnung an neueste internationale Entwicklungen anzupassen. Die Vernehmlassung dauert bis am 21. März 2025.

Digital Finance

Der Bundesrat hat sich am 19. Juni über die neuesten Entwicklungen von **Open Finance** in der Schweiz informieren lassen. Die jüngsten Fortschritte der Branche werden zum jetzigen Zeitpunkt als ausreichend erachtet, um keine weiteren regulatorischen Massnahmen vorzuschlagen. Im Juli hat das SIF in Zusammenarbeit mit Singapur und der Unterstützung von FIND die internationale Fintech-Konferenz **Point Zero Forum** in Zürich organisiert. Als Teil des Point Zero Forums organisierte FIND die Erstausgabe der **SwissHacks**.

Mindestbesteuerung

Auf Initiative der OECD und der G20 haben sich rund 140 Staaten, darunter die Schweiz, dazu bekannt, dass grosse, international tätige Unternehmensgruppen **mindestens 15%** Steuern auf ihrem Gewinn bezahlen sollen. Elemente dieser Mindestbesteuerung hat die Schweiz per 2024 respektive 2025 eingeführt. Auf internationaler Ebene gehen die technischen Verhandlungen weiter. Das SIF bringt die Interessen der Schweiz aktiv ein.

Informationsaustausch zu Steuerzwecken

2024 übermittelte die Schweiz im Rahmen des automatischen Informationsaustauschs (**AIA**) Daten zu rund 3,7 Mio. Finanzkonten an 108 Staaten und erhielt Daten zu 3,4 Mio. Finanzkonten. Von Mai bis September führte der Bundesrat eine Vernehmlassung zur **Erweiterung des AIA** durch. Die Erweiterung betrifft den neuen AIA über Kryptowerte sowie die Änderung des Standards für den AIA über Finanzkonten und soll ab dem 1. Januar 2026 gelten. Weiter wurden 2024 spontan rund 400-mal Informationen über Steuervorbescheide (**Rulings**) ausgetauscht. Zudem ist der Austausch mit 96 Partnerstaaten für länderbezogene Berichte multinationaler Unternehmen (**Country-by-Country Reporting**) aktiviert. Von Juni bis September führte der Bundesrat schliesslich eine Vernehmlassung über ein **Bundesgesetz über den AIA betreffend Lohndaten** durch. Dieses setzt die Bestimmungen der Abkommen mit Frankreich und Italien um.

Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)

DBA vermeiden die Doppelbesteuerung. Sie sind ein wichtiges Element zur Förderung internationaler Wirtschaftsaktivitäten. Die Schweiz hat DBA **mit mehr als 100 Staaten** und baut dieses Netz weiter aus. Dieses Jahr wurden mit 8 Staaten Verhandlungen geführt und 4 DBA-Revisionen konnten abgeschlossen werden.

Verständigungsverfahren

Wenn trotz DBA eine **Doppelbesteuerung eintritt oder droht**, können in der Schweiz ansässige Steuerpflichtige beim SIF ein Verständigungsverfahren beantragen. Die meisten Verfahren betreffen europäische Staaten. Im Jahr 2023 (neuste verfügbare Zahlen) wurden in der Schweiz 254 internationale Verständigungsverfahren abgewickelt.

FATCA

Der «Foreign Account Tax Compliance Act» (FATCA) ist eine US-Regelung. Er verlangt von ausländischen Finanzinstituten, dass diese den US-Steuerbehörden Informationen über US-Konten weitergeben oder eine Steuer erheben. Die Schweiz und die USA haben am 27. Juni in Bern ein neues FATCA-Abkommen unterzeichnet. Derzeit liefert die Schweiz einseitig Informationen zu Finanzkonten an die USA (Modell 2). In Zukunft wird sie im Rahmen eines automatischen Informationsaustauschs zwischen zuständigen Behörden auch entsprechende **Informationen aus den USA** erhalten (Modell 1). Der Modellwechsel soll am 1. Januar 2027 Inkrafttreten.

Finanzmarkt

Bankengesetz (BankG) und Notverordnung	Einführung einer staatlichen Liquiditätssicherung für systemrelevante Banken (Public Liquidity Backstop, PLB), Überführung Notverordnung in ordentliches Recht.	Im Parlament Inkrafttreten: frühestens 2025
Eigenmittelverordnung (ERV)	Umsetzung des internationalen Standards Basel III final.	Inkrafttreten: 1.1.2025
Finanzmarktaufsichtsgesetz (FINMAG)	Anpassung des Rechtsrahmens für die int. Zusammenarbeit im Finanzmarktbereich an die heutigen Gegebenheiten sowie die Bedürfnisse des Schweizer Finanzplatzes.	Vernehmlassung: 20.9.2024 - 3.1.2025
Finanzmarktinfrastrukturgesetz (FinfraG)	Vermeidung negativer Auswirkungen, die dem Börsen-, Finanz- und Wirtschaftsstandort durch fehlende EU-Börsenäquivalenz drohen (Börsenschutzmassnahme). Berücksichtigung technologischer Entwicklungen sowie Weiterentwicklungen relevanter internationaler Standards und ausländischer Rechtsordnungen.	Inkrafttreten: 1.1.2024 In Bearbeitung: Inkrafttreten frühestens 2026
Gesetz über die Transparenz juristischer Personen (TJPG)	Einführung u.a. eines eidg. Registers der wirtschaftlich berechtigten Personen von juristischen Personen, Sorgfaltspflichten für besonders risikobehaftete Beratungstätigkeiten.	Im Parlament Inkrafttreten frühestens 2026
Kollektivanlagengesetz (KAG) und Kollektivanlagenverordnung (KKV)	Schaffung einer neuen Fondskategorie nur für qualifizierte Anleger (Limited Qualified Investor Fund; L-QIF).	Inkrafttreten: 1.3.2024
Mutual Recognition Agreement mit dem Vereinigten Königreich (UK)	Abkommen Schweiz-UK über gegenseitige Anerkennung im Bereich Finanzdienstleistungen zur Ermöglichung / Erleichterung grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit.	Im Parlament Inkrafttreten: frühestens 2026
Verordnung über die Berichterstattung über Klimabelange	Anpassung an neueste internationale Entwicklungen	Vernehmlassung: 6.12.2024 - 21.3.2025
Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) und Aufsichtsverordnung (AVO)	Regeln zur Sanierung von Versicherungsunternehmen und für ein kundenschutzbasiertes Aufsichtskonzept, Überarbeitung Gruppenaufsicht, Vermittlerrecht und Versicherungsvertrieb.	Inkrafttreten: 1.1.2024

Steuern

Automatischer Informationsaustausch (AIA)	Erweiterung betreffend den neuen AIA über Kryptowerte sowie die Änderung des AIA-Standards AIA über Finanzkonten.	Inkrafttreten: frühestens 2026
Bundesgesetz AIA über Lohndaten	Austausch von Informationen, die für die Besteuerung von Grenzgängerinnen und Grenzgängern erforderlich sind.	Inkrafttreten: frühestens 2026
Bundesverfassung (Mindestbesteuerung)	Einführung einer Mindestbesteuerung von 15 Prozent für grosse, international tätige Unternehmensgruppen.	Inkrafttreten: 1.1.2024
Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)	Die Schweiz unterzeichnete ein Änderungsprotokoll mit Ungarn, diejenigen mit Kuwait und Slowenien traten in Kraft.	
FATCA nach Modell 1	Wechsel von Modell 2 auf Modell 1, das den gegenseitigen automatischen Informationsaustausch vorsieht.	Inkrafttreten: frühestens 2027
Grenzgängerabkommen Italien	Verbesserung der Besteuerung von Grenzgängerinnen und Grenzgängern, Regeln zur Besteuerung von Homeoffice.	Anwendbar: seit 1.1.2024

Verschiedene

Bundesverfassung (Finanzierung von Gebäudeschäden bei Erdbeben)	Der Bund soll die Kompetenz erhalten, im Fall eines Erdbebens Beiträge zur Finanzierung der durch das Erdbeben verursachten Gebäudeschäden zu erheben.	Im Parlament: Inkrafttreten frühestens 2028
Bundesbeschluss (Ressourcen Internationaler Währungsfonds, IWF)	Anpassung des von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) bereitgestellten Beitrags der Schweiz an die Ressourcen des IWF.	Im Parlament: Inkrafttreten frühestens 2025